



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

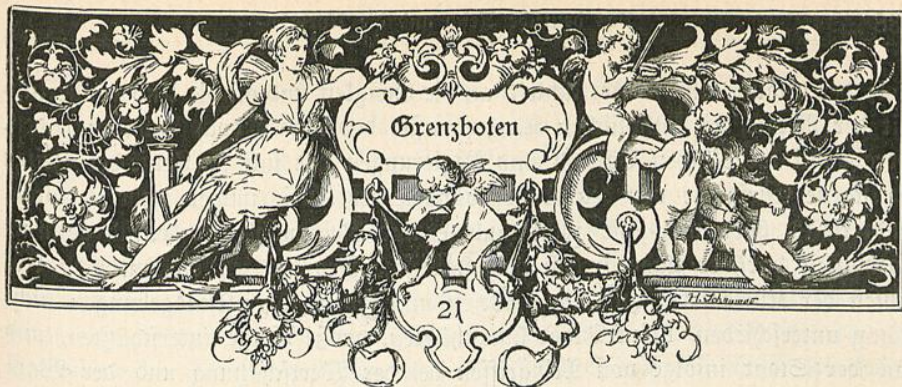
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das deutsche Reich und die Kurie

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das deutsche Reich und die Kurie



iner der hervorragendsten Räte des Kardinals Richelieu, der Staatsrat de Silhon, hat in seinem geistvollen Buche: *Le Ministre d'Etat ou le véritable usage de la politique moderne* unter anderm auch die Kunst erörtert, wie man sich über die Ziele und Anschläge Roms unterrichten und sich vor Überraschungen von dieser Seite sichern könne. Silhon empfiehlt den Staatsmännern, im Verkehr mit Rom einen Angriff niemals auf dem Punkte zu erwarten, auf den die römischen Unternehmungen gerichtet zu sein scheinen, weil die Ratgeber des Papstes Ruderern zu vergleichen seien, die dem Ziele, dem sie zustreben, den Rücken kehren.

Wenn schon die Könige von Frankreich, die Erstgeborenen der Kirche und nebenbei Meister in der Kunst der Überlistung im Verkehre mit Mächten, solcher Gefahr der Täuschung ausgesetzt waren, um wie viel mehr ist das für Deutschland, das Stiefkind Roms, und überdies für eine protestantische Regierung zu besorgen!

Die Erfahrung lehrt, daß man bei jedem Vorgehen der Kurie zunächst mißtrauisch zu erwägen hat, ob die vorgeschützten kirchlichen, pastoralen oder liturgischen Zwecke auch wirklich die richtigen seien, oder ob nicht ehrgeizige weltliche, politische Absichten dahinter stecken, ob nicht die vatikanischen Ruderer wieder einmal dem Ziele den Rücken kehren. Wenn man kurzweg annimmt, daß allen größern und allgemeineren Unternehmungen der Kurie weltliche Zwecke mindestens beigemischt sind, so wird man schon deshalb meist das Richtige treffen, weil das Reich der Kirche schließlich doch auch „von dieser Welt ist.“ Die ersten Eindrücke sind meist gut: also muß man ihnen zunächst mißtrauen.

Die Kurie hat von jeher ihre Ansprüche der Zeit und den Umständen angepaßt. Sie mag dabei gedacht haben: *Il y a des accommodemens avec le*

ziel; der Glaube an die Göttlichkeit, an die Ewigkeit und an die Unveräußerlichkeit der Rechte der katholischen Kirche mußte dabei aber doch Schaden leiden. Gerade bei katholischen Völkern und Regierungen hat sich im Laufe der Zeiten die scheue Ehrfurcht vor den Kundgebungen der Kurie immer mehr verloren. Andererseits hört man oft rechtgläubige und gleichwohl gut deutsch gesinnte Katholiken darüber klagen, daß protestantische Regierungen die innersten Absichten der Kurie irrig auffaßten, Wesen und Form ihrer Kundgebungen nicht richtig unterschieden, kleine Dinge überschätzten, große Dinge unterschätzten, und daß der Staat in Folge von Mißgriffen bei der Wertschätzung und der Wahl der Persönlichkeiten oft den kürzern ziehe. Das ist wohl erklärlich; gerade für protestantische Regierungen besteht die Gefahr, daß sie, sei es aus übel angebrachter Ehrlichkeit in der Auffassung der Dinge, sei es in dem Bestreben, ihre Friedensliebe zu beweisen, die Bedeutung klerikaler Kundgebungen überschätzen oder unterschätzen.

Lehrreich in dieser Beziehung ist ein Vergleich der Vorgänge in Frankreich mit denen in Deutschland, und zwar nicht nur deshalb, weil daraus ersichtlich wird, wie dehnbar und gestaltungsfähig die Ansprüche der Kurie sind, sondern besonders deshalb, weil sich dabei die Verschiedenheit in den Auffassungen der Regierungen kundgiebt. Die Kurie hat die republikanische Verfassung Frankreichs anerkannt; die französische Republik aber erwidert diese Anerkennung nicht etwa durch Zugeständnisse; sie besteht auf ihren weltlichen Rechten nach wie vor. Die Zeiten haben sich geändert; dem stets hilfsbedürftigen, auf dem allgemeinen Stimmrecht begründeten zweiten Kaiserreiche konnte zugemutet werden, statt mit der Kirche sich zu zanken, sich mit ihr in die Herrschaft zu teilen. Die Republik hat solche Bedürfnisse nicht; und sollte die Gefahr einer monarchischen Schilderhebung drohen, dann weiß die Republik, daß sie niemals Rom zum Bundesgenossen haben würde. Man wende nicht ein, daß die Kurie allenthalben die bestehende Ordnung der Dinge anerkenne. Es ist noch in guter Erinnerung, wie lebhaft und wie lange die französischen Bischöfe die junge Republik bekämpft haben; die Gesamtheit der Geistlichkeit höherer und niedrer Ordnung ist auch zur Zeit noch keineswegs für die Republik gewonnen. Wie ganz anders verhält sich die Kurie gegenüber dem deutschen Kaiserreiche mit seiner protestantischen Mehrheit und seiner protestantischen Spitze! Die deutsche Reichsleitung ist aber auch nicht in der Lage, der Kurie ein volles, ungeteiltes Nationalbewußtsein entgegenzusetzen, wie die Republik in Frankreich; dem deutschen Reiche fehlt überdies die verfassungsmäßige Zuständigkeit, um in kirchlichen Dingen einheitlich aufzutreten. Das sind die schwachen Punkte, auf die die Kurie ihre Angriffe richtet. Antonelli sprach gern mit berechneter Nachlässigkeit von Preußen, wenn es sich um das deutsche Reich handelte.

Aus den Verhandlungen des jüngsten Katholikentags in München konnte man, obwohl bei dieser Gelegenheit der Andersgläubigen mit Klimpf und mit

nachsichtiger Milde gedacht wurde, recht deutlich sehen, welches Übergewicht die Kurie in einem nach Bekenntnissen gemischten Staatswesen hat, weil die weltliche Macht durch die Befürchtung gelähmt ist, den Zwiespalt der Bekenntnisse zu entzünden. Die Reden in München waren von der Vorstellung beherrscht, als ob Deutschland von zwei Nationen bewohnt wäre, von einer katholischen und einer protestantischen, die sich etwa gegenüberstünden wie Tschechen und Deutsche in Böhmen. Von den deutschen Katholiken sprach man, als wären sie von einer protestantischen Mehrheit im Reiche erdrückt; die nationalen Ideale, die Größe und die Macht des gemeinschaftlichen Vaterlandes wurden wie eine protestantische Angelegenheit behandelt, die die Katholiken in Deutschland gar nicht berühre. Nicht einmal das Friedensprogramm des deutschen Reichs wurde als eine gemeinschaftliche Sache betrachtet; die deutschen Katholiken sollten nach der Meinung der Versammlung „mit den Katholiken des ganzen Erdkreises mit aller Energie und Zähigkeit ihres Charakters die Erledigung der römischen Frage herbeiführen.“ Während die uns verbündeten katholischen Italiener den nationalen Gedenktag der Befreiung von Rom in dankbarer, durch keinen Mißton gestörter Begeisterung gefeiert haben, sollten die katholischen Deutschen auf Befehl Roms, verkündet durch die Versammlung deutscher Bischöfe in Fulda, den Gedenktag in Zerknirschung und in bußfertigen Gebete verbringen und dem Kardinalstaatssekretär durch Drahtbotschaften melden, wie betrübt die katholischen Deutschen über die gottlose Freude der katholischen Italiener seien.

Zur Erhaltung des Friedens hat das deutsche Reich den Dreibund geschlossen. Deutschland ist, wie dereinst das römische Reich, „vom Schlachtenrum so gesättigt, daß es auch andern Völkern den Frieden gönnt.“ Und nun sollen die katholischen Deutschen — und mag auch daraus ein allgemeiner Weltbrand entstehen — für die Wiederherstellung des Kirchenstaates eintreten und zu solchen Zwecken das höchste Gut der Völker, den Frieden, aufs Spiel setzen. Die in Deutschland wohnhaften Katholiken sollen sich für eine Sache begeistern, die die auswärtigen Glaubensgenossen doch recht kaltblütig betrachten, daneben sollen sich die deutschen Katholiken auch noch erwärmen für die Wiederherstellung der Wallfahrt von Loreto und für die Heiligsprechung des Jesuiten Canisius, des großen Friedensstörers.

Auch in andern Ländern werden Katholikentage abgehalten, in Frankreich, in Spanien, in Belgien, in Italien; aber dort beschäftigt man sich meist mit Angelegenheiten des Glaubens und der sozialen Wirren. Niemals aber würde sich auf diesen Versammlungen ein Redner erdreisten, das Nationalgefühl zu beleidigen oder einen Zwiespalt zu fördern, der die nationale Einheit gefährdet.

In neuerer Zeit weist die katholische Presse darauf hin, daß nur die Kirche imstande sei, die drohenden sozialen Gefahren zu beschwören, und daß das deutsche Reich in unseliger Verblendung handle, wenn es die Hilfe der

Kirche in diesem Kampfe ablehne. Jeder Unbefangne wird dagegen fragen, warum denn die Kirche, wenn es innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben liegt, die sozialen Gefahren zu beschwören, nicht aus freien Stücken vorgeht, oder wenn sie glaubt, der staatlichen Macht nicht entbehren zu können, warum sie ihre Hilfe, zu der sie doch durch ihre Grundsätze verpflichtet ist, nicht anspruchlos anbietet, sondern Gegenleistungen verlangt, die doch nur auf weltlichem Gebiete liegen können?

Es scheint uns, daß die katholische Kirche weder den Willen, noch die Macht hat, die sozialen Gefahren zu beschwören, daß also für das deutsche Reich eine Bundesgenossenschaft der Kirche zur Abwendung einer gemeinschaftlichen Gefahr ebenso aussichtslos wie wertlos wäre. Wir erinnern uns dabei eines Scherzbildes, das während des letzten Krieges in Frankreich viel belacht wurde; es war, als Nordfrankreich den Landsleuten im Süden Mangel an Patriotismus und Opferfreudigkeit vorwerfen zu müssen glaubte. Ein Pariser und ein Landsmann von Tartarin Tarascon besahen sich die endlos anmarschierenden deutschen Landwehrbataillone. Der Mann des Südens schaut geringschätzig drein und sagt: Quand une fois le Midi se levera, pas un ne rentrera dans ses foyers, worauf der Pariser fragt: Et vous pensez, que le Midi se levera? Die Antwort lautete: Hm, je pense, que non!

Der Mangel an Vertrautheit mit den Überlieferungen und mit der Sprache der Kurie hat zur Folge, daß die öffentliche Meinung stets schwankt zwischen Überschätzung und Unterschätzung der Kundgebungen, der Absichten und der Machtmittel Roms. Niemand ist so heiß, als er kocht — das kann auch die Kurie nicht; gleichwohl muß man immer heißer kochen, als man ißt — so hält es auch die Kurie. Die feierliche altertümelnde Sprache, in der die Erfüllung der göttlichen Aufgaben durch den Stellvertreter des Herrn besprochen wird, ist ebenso geeignet, die Gemüter zu verwirren, wie die Wehklagen über die Gefährdung des Glaubens und der Sitte durch den Staat, wenn sie auch wie grämliche Verwünschungen eines polternden Alten über allgemeine Weltverderbnis klingen. Aber auch der weinerliche Jammer, das weibische Wimmern über die Zähigkeit und die Dreistigkeit, über die teuflische Arglist der Feinde der Kirche versehen ihre Wirkung nicht, wenn man auch z. B. im katholischen Baiern vor Jahren über diese durch zeitweilige Aufbesserung der Pfarrergehalte verschärfte diokletianische Christenverfolgung gutmütig gewitzelt hat; und gerade in Baiern haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß sich das von Karl Stieler erdachte Schlagwort: „Liberal san mer alle, aber wähln dan mer schwarz“ als die richtig erhorchte Auffassung der Volksmeinung bewahrt hat. Die Regierungen lassen sich nun wohl durch die tönende Sprache der Kurie nicht bethören, aber die Gefahr des Irrtums bei der Schätzung des kirchlichen Feingehalts solcher Kundgebungen und der Erscheinungen im Parteileben liegt recht nahe; in solcher Schätzung aber liegt die Erkenntnis der

politischen Machtfrage, und im Leben konstitutioneller Staaten beginnen die Machtfragen dann, wenn der Weg der Kompromisse nicht mehr gangbar ist.

Ein flüchtiger Rückblick auf den Gang der Dinge seit der Gründung des deutschen Reichs dürfte die Richtigkeit dieser Betrachtungen bestätigen.

Man hat in Deutschland die Absichten der Kurie überschätzt, als der neue Glaubenssatz von der Unfehlbarkeit des Papstes vorbereitet, beraten, beschlossen und verkündet wurde. Man hat die Machtmittel der Kurie unterschätzt bei der Eröffnung des Kulturkampfes. Jetzt aber, wo die katholische Kirche der weltlichen Macht ein Bündnis anbietet zur Lösung der sozialen Fragen, entsteht wieder die Gefahr, daß der Staat die Absichten und die Machtmittel der Kurie und den Wert der angebotnen Bundesgenossenschaft überschätze.

Schon bei den Vorbereitungen für das ökumenische Konzil glaubte man in Deutschland, daß die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes die Einleitung zur Verwirklichung des alten Traumes von einer päpstlichen Herrschaft in weltlichen Dingen sei. Die Kurie mochte nun wohl hochfliegende Pläne haben; aber die unmittelbar auf die Verkündigung des neuen Glaubenssatzes folgenden und sich überstürzenden Ereignisse mußten die Kurie bestimmen, sich zunächst darauf zu beschränken, auf eine Verbesserung der völlig verschobnen Lage hinzuwirken, auf die Erfüllung unausführbarer Wünsche aber einstweilen zu verzichten. War doch Schlag auf Schlag der Kirchenstaat zerstört, Frankreich, der älteste Sohn der Kirche, gedemütigt, die Monarchie in Frankreich gebrochen und das deutsche Kaiserreich wieder geschaffen worden, wo die Kaiserwürde von den verbündeten Fürsten einem protestantischen Herrscherhause übertragen wurde, und wo nach dem Ausscheiden Österreichs die protestantische Bevölkerung die Mehrheit gewann.

Bergegenwärtigen wir uns ferner einmal die Verschiedenheit der Auffassung der Konzilsbeschlüsse bei den Romanen und bei den Germanen. Die Romanen, besser vertraut mit den Eigentümlichkeiten der Kurie, verhielten sich ungefähr nach dem Sage: *Credo, quia absurdum est*. In Frankreich, wo die protestantische Minderheit keine Rolle spielt, begnügten sich auch die Freidenker mit einer Wahrung der durch das Konkordat gesteckten Grenzen zwischen Staat und Kirche. Gallikaner gab es noch unter den Bischöfen, aber nicht mehr im Klerus und noch weniger unter den Laien. Die Vorarbeiten von de Maistre, Lamennais, Beuillot usw. hatten in den alten Überlieferungen gründlich aufgeräumt. Die Erzbischöfe und Suffragane, die in Rom mit *Non placet* gestimmt hatten, konnten nicht daran denken, in dem einheitlichen französischen Staatswesen die längst dem Spotte der Gegner verfallene, von den Laien nicht mehr begriffene *petite église* unter sich einzurichten, den Kampf der Jansenisten gegen die Sorbonne wieder aufzunehmen und die Sekte der Solitaires du Port Royal zu erneuern. Wäre damals in Frankreich ein neuer Paskal erstanden, der wieder Briefe aus der Provinz geschrieben hätte, er würde nur gleich-

giltigen, gelangweilten Leuten vergeblich gepredigt haben; nicht in dem neuen Dogma, um das sich niemand kümmerte, wohl aber in der Spaltung des zentralisirten Staatswesens, in der Anregung zu einem kirchlichen Schisma hätten sie einen Unfug gesehen.

Anderß in Deutschland, wo die Bevölkerung nach Bekenntnissen gespalten ist, wo die staatliche Zersplitterung noch nicht überwunden ist durch die Erkenntnis der nationalen Ideale einer aufstrebenden Großmacht; da war der Kurie ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet, und die Gemüther waren für den Kampfruf empfänglich. In Baiern befürchtete man 1870 eine Wiederholung und Verschärfung der schon bei den Zollparlamentswahlen entstandnen parlamentarischen Schwierigkeiten. Um für den bevorstehenden Feldzug Bundesgenossen zu gewinnen, wandte man sich warnend an den Norden; mit der kirchlichen Gegenbewegung liebäugelte man offenkundig, und doch war leicht vorauszusehen, daß die Altkatholiken dem Schicksale der Jansenisten nicht entgehen konnten. Nicht weil der Anhang der Kurie stark gewesen wäre, nicht weil der innere Gehalt der neuen Lehre die Gemüther ergriffen hätte, blieb die Gegenbewegung auf Angehörige der gebildeten Stände beschränkt, sondern deshalb, weil in kirchlichen Dingen eine stumpfe Gleichgiltigkeit herrschte. Mehr aus der Empörung der Gebildeten über die unerhörten Zumutungen, über die welschen Anmaßungen, als aus einer frommen Entrüstung der gläubigen Christenheit über eine Neuerung ist die altkatholische Bewegung entstanden.

Die romanische Auffassung der Sache war echt katholisch; die germanische Auffassung — selbst im katholischen Süden — eher protestantisch, freigeistig. Die Romanen faßten als Realpolitiker die Sache kühl auf, die Germanen verquickten Gemüthsbedürfnisse mit der Sache. Man mag die romanische Auffassung frivol nennen; sicher war die germanische Auffassung allzu tragisch. Die Romanen haben den Staat vor einem unnützen Kampfe mit der Kirche bewahrt; die Germanen haben den Staat in diesen Kampf getrieben, und das deutsche Reich hat ihn nicht mit Ehren bestanden. Infolge der Überschätzung der Absichten der Kurie hatte sich auch im protestantischen Norden die Meinung gebildet, daß es unabweisliche Ehrensache des Staates sei, mit der Kurie einen Waffengang zu machen; diese Meinung blieb nicht ohne Einfluß auf die Eröffnung des Kulturkampfes. Aber es mußte so kommen. Wie Deutschland sofort seinen wahren Erbfeind witterte, so fand Rom auch sofort den Anschluß an Frankreich, das die ganze ultramontane Bewegung für sich gegen Deutschland verwerten konnte.

Die Kurie hat bisher mit vorsichtiger Enthaltfamkeit, dem Zwange gehorchend, nicht dem eignen Triebe, von dem neuen Glaubenssatz nicht den erwarteten Gebrauch gemacht, wohl aber wurde still und unbemerkt eine wichtige Folgerung aus diesem Glaubenssatze gezogen, die Zentralisirung der kirch-

lichen Leitung, die Zerbrechung der Gewalt der Bischöfe, eine straffe Disziplin, geeignet, das ganze römische Heer in den Orden und in der Seelsorge jedem Winke aus Rom unmittelbar unterzuordnen. Die Niederlage der altgläubigen Bischöfe im Konzil hat das Ansehen des Episkopats bei der unterstellten Geistlichkeit schwer geschädigt, aber nicht minder das Verhalten der Bischöfe der Minderheit nach der Fassung der Beschlüsse. War es die Furcht vor einem Schisma, war es die Aussichtslosigkeit des Unternehmens, war es das Grauen vor der Verantwortung, die diese Haltung bestimmt haben? Mannesmut und Überzeugungstreue wurden bald allenthalben gebrochen. Die Schwankenden nahm man einzeln vor, ab und zu, hie und da, *carptim ac singuli* — ganz nach dem Muster der Cäsaren, die durch solches Vorgehen stets Verschwörungen im Keime erstickt haben. Es war ein klägliches Schauspiel. Wenn aber jetzt die deutschen Bischöfe, die doch während des Kulturkampfes an der Spitze ihrer Geistlichkeit gegen den weltlichen Staat zu Felde zogen, in vertrautem Kreise darüber klagen, daß ihre Untergebenen nur noch nach Rom horchen, so sind solche Klagen so unerträglich wie die der Griechen, die sich über die Unbotmäßigkeit ihres Anhangs beschwerten.

Diese deutschen Bischöfe sind die Leute, mit denen näher Fühlung zu suchen der deutschen Regierung zugemutet wird. Die deutschen Bischöfe sind aber weder Herren ihrer Geistlichkeit, noch genießen sie in Rom das zur Übernahme von Verhandlungen erforderliche Ansehen. Rom hat ja in jüngster Zeit auch die Bischöfe Österreichs, als sie sich Weisung wegen des Verhaltens in Sachen der antisemitischen Bewegung, die Bischöfe Frankreichs, als sie wegen des sogenannten Abonnementgesetzes, die Bischöfe Belgiens, als sie sich wegen der Stellung der *Union catholique* zur *Union démocratique chrétienne* eine Entscheidung des päpstlichen Stuhls erbaten, in schnöder Weise auf die eigne Weisheit verwiesen. Die Bischöfe sind längst nicht mehr die örtlichen Vertreter Roms; sie eignen sich nicht mehr zur Führung von Verhandlungen zwischen Staat und Kurie. Schon vor mehr als hundert Jahren hat der französische Minister de Malherbe dem König den Rat erteilt, sich im Verkehr mit den Bischöfen niemals en *négociations* einzulassen, da es der Würde des Staats nicht entspreche, mit Bischöfen, die doch Unterthanen des Staats seien, in Unterhandlungen zu treten, die überdies keine Zugeständnisse machen könnten, weil sie willenlose Werkzeuge Roms seien. Es hat eine Zeit gegeben, wo man in Deutschland glaubte, die Beziehungen zu Rom würden sich bessern, wenn sich die Kurie entschliesse, mehr deutsche Kardinäle zu ernennen. So hatte man früher auch in Frankreich gedacht; aber der Erfolg ist ausgeblieben. Ungefähr zur Zeit Malherbes urteilte Chamfort über französische Kardinäle so: „Ein Kardinal ist ein ganz in Rot gekleideter Mann, dem der König jährlich fünfzigtausend Livres dafür zahlt, daß er dem König im Namen des Papstes Schnippchen schlägt.“ Der Zeitpunkt ist vielleicht nicht fern, wo das deutsche

Reich wird die Frage erwägen müssen, ob nicht der Verkehr mit Rom als An- gelegenheit des Reichs betrachtet und unmittelbar mit der Kurie unterhalten werden soll, die ihren Nuntius beim Bundesrate zu beglaubigen hätte. Das wäre die richtige Folgerung aus der geänderten Sachlage.

Daß die Kurie den neuen Glaubenssatz nicht sofort zur Verwirklichung der ehrgeizigen Pläne der Aktionspartei verwenden werde, darüber konnte bei Eröffnung des Kulturkampfes wohl kein Zweifel mehr bestehen. Gleich- wohl nahm man, die Gefahr überschätzend, den Kampf auf. Dabei unter- schätzte man, in einen weitem Fehler verfallend, die Machtmittel, die die Kurie in diesem Streite ins Feld führen konnte. Und doch hatte ge- rade die Verfassungsurkunde des deutschen Reichs die Macht der Kurie vervielfältigt, indem dem deutschen Reiche gleichsam als Morgengabe das all- gemeine unmittelbare Stimmrecht zugestanden worden war. Die Ultramon- tanen konnten auf dem Schlachtfelde sofort als festgefügte Partei auftreten. Wie Richelieu von den Protestanten sagte — ein Staat im Staate —, so war das Zentrum im Reichstage sofort eine feindliche Macht geworden, wäh- rend sich die Parteien, die die Reichsleitung unterstützen sollten, erst bilden mußten.

In diesem Punkte hatte die Kurie schon Erfahrungen gemacht und den Nutzen längst erkannt, den sie aus den weltlichen Grundsätzen der Freiheit ziehen konnte. Mit grimmigem Hohne hat einmal Louis Veillot den Gegnern zugerufen: „Die Zugeständnisse, die wir von euch verlangen, das sind die Grundsätze der Freiheit; ihr müßt sie gewähren, denn das sind die Grund- sätze, zu denen ihr euch selbst bekennt; die unsern sind es freilich nicht!“ Ähn- lich hat einmal Bischof Dupanloup mit brutaler Offenheit den Minister Guizot hart angelassen: „Ihr Männer von 1789 habt die Revolution gemacht, ohne uns, trotz uns, gegen uns — und doch für uns! Denn so hat es unser Herrgott gewollt — ihr freilich hattet es anders verstanden!“ So ist die Frei- heit in der That in den konstitutionellen Staaten zu einer großen Lüge ge- worden, da die Gegner der Freiheit diese selbst mit deren eignen Waffen zu bekämpfen die Freiheit und das Recht gewinnen; die Vorkämpfer für das un- mittelbare Wahlrecht mögen sich an den Spruch erinnern: *Sic vos non vobis!*

Nicht durch die eignen innern Machtmittel, sondern durch die Vorteile, die eine geschlossene, mit ihrem Programm fertige Partei beim Eintritt in die parlamentarische Bewegung vor allen Gegnern voraus hatte, hat damals das Zentrum seine Stellung erworben und seitdem behauptet. Rom hatte die ver- wundbare Stelle am Reichskörper richtig erkannt und indem es den Angriff gegen Preußen richtete, Bundesgenossen aller Art gewonnen. Preußen nahm den Kampf sofort mutig an, umklammerte wie Arnold von Winkelried die feind- lichen Speere und drückte sie in die eigne Brust, ohne jedoch den Genossen eine freie Gasse schaffen zu können. Weder Preußen noch das junge Reich war

stark genug, die parlamentarischen Verlegenheiten zu überwinden, die das entschlossene, nachhaltige Vorgehen des Zentrums bereitete. Der Friede, zu dem man sich schließlich bequemen mußte, war nicht ruhmreich. Nebenbei hat jetzt die Kurie einen andern Vorteil erreicht, die Erweiterung der Spaltung, die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Nord und Süd, die Zerstörung der ersten nationalen Begeisterung über die Schaffung des neuen deutschen Reichs. Jetzt kann die Kurie zum Himmel flehen, wie einst Tacitus, der, die Erfüllung der römischen Geschichte ahnend, die Götter anrief, sie möchten, da doch besseres nicht erreicht werden könne, unter den deutschen Völkern, wenn auch nicht die Liebe zu Rom, so doch Uneinigkeit und Haß dauernd erhalten.

Wenn nun Rom oder das Zentrum dem Reiche Bundesgenossenschaft gegen die Sozialdemokratie oder einen Waffenstillstand anbietet, so ist zunächst nicht daran zu denken, daß sich die römische Partei bei den Wahlen unthätig oder gar freundschaftlich verhalten sollte; das wäre eine Abrüstung, und dann wäre ja die Bundesgenossenschaft wertlos. Höchstens könnte eine Einstellung der Feindseligkeiten im Reichstage erwartet werden. Das wäre ja ein wünschenswertes Ergebnis. Aber worin würden die Leistungen des Zentrums sonst bestehen? Die katholische Kirche hat weder die Macht, die den Lehren der Sozialdemokraten bereits verfallenen Gegner zu befehlen, noch den Zauber oder den Einfluß, durch den weitere Werbung von junger Mannschaft verhindert werden könnte. Wenn schon die vom Reich eröffneten Aussichten auf die Zukunft, die Versicherung für Krankheit, Unfall, Alter und Erwerbsunfähigkeit, den Zweck verfehlt haben, der Bereitwilligkeit des Staates Anerkennung zu verschaffen, so werden die von der Kirche eröffneten Aussichten auf eine Ausgleichung der Unterschiede im Senats erst recht nicht versagen. Mit den Schalmeien der Seelenhirten läßt sich diese Bewegung nicht mehr meistern. Überdies hat das Zentrum, insbesondere bei Stichwahlen, so bedenkliche Beziehungen zu den Gegnern der staatlichen Ordnung unterhalten, daß das Vertrauen zu der Lauterkeit seiner Beweggründe notwendig erschüttert werden mußte. Allzu oft hat man schon gedroht: „Und sollte die Oberwelt nicht willfährig sein, so soll die Unterwelt aufgewiegelt werden!“ Wie aber soll die katholische Kirche vollends auf andersgläubige Arbeiter einwirken? Oder hat sie die Zuversicht, daß sie eine katholische Lösung der Frage herbeiführen könne, der sich dann die Andersgläubigen würden anschließen müssen? Fast scheint es so.

Betrachten wir uns einmal die Thätigkeit der katholischen Kirche auf dem Gebiete der Sozialpolitik etwas näher. Man hat in Deutschland bezüglich der Raiffeisenschen Darlehnskassen Erfahrungen gemacht, die lebhaft an die Versuche erinnern, die 1867 in Baiern unternommen worden sind, um eine katholische Hagelversicherung zu errichten, geordnet nach Bistümern und Ruralkapiteln

unter dem Voritze des hochwürdigen Herrn Dechanten. Die zu Anfang der siebziger Jahre in Frankreich geschaffnen Oeuvres waren ausschließlich der Besserung der Lage der katholischen Arbeiter, der katholischen Soldaten, der besitzlosen Katholiken jeder Gattung gewidmet, und die Vereinigung aller dieser Oeuvres zu einem großen katholischen Zwecke wurde Jésus ouvrier genannt, zur Erinnerung an den Sohn des Zimmermanns. Als sich aber die Laien eine ungebührliche sachliche Beteiligung und Zweckbestimmung anmaßten, da wurden diese Unternehmungen den Einflüssen der weltlichen Glaubensbrüder entzogen. Aus dem Königtum in Frankreich wurde damals nichts; die oeuvres, congrès, syndicats, associations usw. für alle erdenklichen Zwecke vermehrten sich aber wie die Pilze und blieben ausschließlich katholisch. Die in Frankreich gebildeten, nach Pfarreien organisierten Bauernvereine vermitteln nur Darlehen für katholische Bauern. In Stalien wagt man sich schon weiter; der Bauer, der die Hilfe des Vereins anruft, muß sich auch über die regelmäßige Erfüllung seiner Osterverpflichtungen ausweisen. In Belgien stehen sich die Union démocratique chrétienne und die Union catholique gegenüber; die Bischöfe werden aber auf Befehl aus Rom jedes Zusammenwirken mit dem Staate ablehnen. In Nordamerika ist die katholische Propaganda mit solcher Dreistigkeit vorgegangen, und die Ausschließlichkeit des katholischen Bekenntnisses ist so schroff als Grundsatz aufgestellt worden, daß sich bereits Gegenvereine gebildet haben, die, gestützt auf die alte Monroe'doktrin, den katholischen Versuchen entgegentreten, eine kirchliche Nationalität im Bunde zu bilden. Es scheint, daß die Zeitschriften, Programme, Jahresberichte, Flugblätter und Hefte, die über die Thätigkeit dieser Vereine verbreitet werden, in den politischen Kreisen Deutschlands zu wenig beachtet werden. Jeder unbefangne Leser wird aus diesen Schriften den Eindruck gewinnen, daß es sich darum handelt, in umfassender Weise die Katholiken zu einer internationalen, den Andersgläubigen fremd gegenüberstehenden Gesellschaft unter dem Banner Roms zu vereinigen. Rom aber erhebt den Anspruch, die sozialen Schäden der Gegenwart durch die Kirche und innerhalb der Kirche zu heilen; die Andersgläubigen mögen sehen, wie sie sich mit den sozialen Fragen abfinden. Mit dem bekenntnislosen Staate aber will Rom keine Gemeinschaft haben, er müßte sich denn der Kurie unterordnen. Wenn dann einmal die römische Kirche ihre Schäflein vor den sozialen Schäden bewahrt und die katholische Gesellschaft gerettet haben wird, dann sollen und werden — so malt man sich die Zukunft — die Andersgläubigen den Weg zum rechten Glauben wiederfinden; denn sie werden dann die Überzeugung gewinnen, daß der weltliche Staat, da er keinen Einfluß auf die Gemüter übt, mit seiner Weisheit zu Ende ist und für die Wohlfahrt seiner Unterthanen zu sorgen wohl den Willen, aber nicht die Macht hat. Dann wird der unfehlbare Papst, dessen Statthalter Kaiser oder Könige sein mögen, über die im Glauben wieder geeignete Christenheit

herrschen. Die katholischen Volksvereine, die jetzt allenthalben in Deutschland gebildet werden, um einen der letzten Wünsche Windthorst's zu erfüllen, sind dem gleichen Programm untergeordnet. Die Kurie kann für eine ferne Zukunft Pläne fassen; sie hat alle Aussicht, Staaten, Nationalitäten, Dynastien und Regierungen zu überleben. Die Kurie kann ihre Zeit abwarten.

Das sind freilich weitzielende Vorsätze, aber wir ersehen daraus, daß der Staat, der sich mit der Kurie zur Wendung der sozialen Gefahren verbände, einen Sprung ins Dunkle unternehmen würde. Einstweilen aber leben ja die Staaten noch, und sie haben eine baldige Verwirklichung dieser Pläne nicht zu befürchten. Wir können uns daher in der Betrachtung der Dinge auf die nächsten Ziele der Kurie beschränken.

Die erste und dringlichste Sorge der Kurie ist die Wiederherstellung des Kirchenstaats. Dieser Wunsch beherrscht ihr ganzes Verhalten. Als Napoleon — damals erster Konsul — mit der Kurie über den Abschluß der Konfödate für Frankreich und für Italien verhandelte, da schrieb am 13. Mai 1801 der römische Unterhändler, Abbé Bernier, an den Kardinal Consalvi, es sei vor allen Dingen zu bedenken, daß der Besitz des Kirchenstaats nur durch eine Verbindung Roms mit Frankreich dauernd gesichert werden könne; das sei der Grund, warum Rom Anschluß an Frankreich wünsche und erstrebe, das sei die große Hauptsache; der Rest (die Konfödate selbst) — *le reste n'est rien!* Seitdem die Hegemonie in Europa von Frankreich auf das wiederhergestellte deutsche Reich übergegangen ist, seitdem der neue deutsche Kaiser ohne Zuthun Roms, ohne kirchliche Weihe von den verbündeten Fürsten und den siegreichen Heerführern in Versailles ausgerufen worden ist, seitdem, wie dereinst zu Zeiten des Kaisers Galba, das ängstlich gehütete römische Staatsgeheimnis enthüllt worden ist, daß man einen Kaiser auch außerhalb Roms und ohne Rom machen könne, seitdem ist der mittelalterliche Zauber Roms gebrochen. Die Kurie kann weder von der französischen Republik Hilfe hoffen, noch von dem wunschlosen deutschen Reiche, das die erste Zumutung, nach alter Überlieferung die Schirmvogtei über den Kirchenstaat auszuüben, kühl abgelehnt hat. Von andern katholischen Mächten oder von andersgläubigen Mächten ist auch nichts zu erwarten. Es ist auch nicht zu verkennen, daß, seitdem der Papst nicht mehr weltlicher Landesherr ist, die Kurie sich über die sonst üblichen, der *comitas gentium* entsprechenden Rücksichten gegenüber den Regierungen vielfach hinwegsetzt. Das Gefühl der Solidarität des Papstes mit den weltlichen Brüdern und Vettern ist im Schwinden. Die Kurie trägt kein Bedenken, den Regierungen parlamentarische Verlegenheiten zu bereiten und bei jeder Gelegenheit zu zeigen, wie sehr sie durch die Beherrschung der Massen der Staatsgewalt überhaupt gefährlich werden könne. Durch Erregung von Furcht sucht die Kurie die Staaten zu Zugeständnissen zu zwingen, und nicht immer ohne Erfolg.

Für den unverföhnlichen Kampf gegen die weltliche Macht, für die unausgesetzte Schürung des Hasses gegen die Andersgläubigen, für die unablässigen Störungen des Weltfriedens durch die Diener Christi — für alles das bestehen aber auch noch andre Gründe. Es ist eine in katholischen Kreisen wohlbekannte alte Erfahrung, daß der Peterspfennig nur dann reichlich und stetig fließt, wenn die katholischen Gemüter durch beunruhigende Vorstellungen von der Vergewaltigung des Papstes, von der Bedrängnis der Kirche, von Gefahren, die dem wahren Glauben drohen, geängstigt, gequält und mürbe gemacht werden. Dagegen träufelt die fromme Spende nur spärlich, wenn das katholische Volk an eine gute Ordnung der Dinge glaubt. Solche Seelenruhe darf nicht eintreten. Für eine unausgesetzte Beunruhigung ist man in der Kirche und in Vereinen, in der Predigt und in Missionen, im Parlament und in der Presse unablässig bemüht. Insbesondere sind es die Orden, die die Aufgabe der Hechte im Karpfenteich erfüllen sollen; die Thätigkeit der seit 1872 ausgeschlossenen Orden wird schmerzlich vermißt. Wenn aber auf dem Katholikentage zu München über die unverdiente Vernachlässigung der den Vorfahren als so heilkräftig bekannten Wallfahrt nach Loreto bitter Klage geführt worden ist, wenn man dort von der Heiligsprechung des holländischen Jesuiten Canisius einen großen Fortschritt in Sachen des katholischen Glaubens erwarten zu dürfen vermeint hat, so darf man füglich annehmen, daß das Monopol der Wallfahrtsorte in Frankreich: Lourdes, La Salette, Paray-le-Monial, Mont-Saint-Michel, Mont-Sion usw. anderwärts mit scheelen Augen betrachtet und eine Abwechslung in dem Gebrauche seelischer Badebäder für angemessen erachtet wird; den Jesuiten aber dürfte die Heiligsprechung des seligen Canisius teuer genug zu stehen kommen. Für solche Dinge aber, die doch Deutschland herzlich wenig angehen, hat man sich auf dem Katholikentage in München sehr begeistert.

Aber auch noch andre finanzielle Sorgen hat die Kurie. Sie muß befürchten, daß das Kapital, das der katholischen Sache dienstbar bleiben soll, immer weiter in die Hände von Andersgläubigen gerät. Die ingrimmige Abneigung gegen Mischheiraten erfährt dabei eine besondere Beleuchtung; man schließt aber die Augen, wenn die Erziehung der Kinder im katholischen Glauben zugesichert wird. Von diesem Standpunkte aus müssen wir uns z. B. auch gewisse Versuche, das Kapital zu katholisieren, insbesondere auch die eigentümliche Haltung der katholischen Presse in Frankreich in der antisemitischen Frage erklären. Die Kurie muß ernsthaft die Sorge erwägen, was denn daraus werden soll, wenn auf der einen Seite immer mehr katholisches Kapital in semitische Hände übergeht, auf der andern Seite durch die Propaganda, obwohl man sich auffallend mit reichen Ausländern beschäftigt, die Verluste nicht ausgeglichen werden. Die Kurie kann aber aus diesem Grunde auch nicht mit den Sozialisten gemeinschaftliche Sache machen; die Zerstörung eines steuer-

kräftigen, dienstfertigen Kapitals kann nicht in den Absichten der Kurie liegen; die Kirche braucht Kapital, aber sie kann nur auf katholisches Kapital rechnen, während der Staat das Eigentum überhaupt schützen will. Auch in diesem Punkte haben Staat und Kurie keineswegs gemeinschaftliche Interessen, und die katholische Kirche erweist sich auch in dieser Richtung nicht als befähigt und geeignet zu einer Bundesgenossenschaft mit dem Staate, so sehr sie auch realpolitisch denkt. Die Kirche bedarf des staatlichen Schutzes weit mehr, als der Staat der kirchlichen Bundesgenossenschaft.

Noch in einem andern Punkte sind die Bestrebungen der Kurie nicht so weitzielend, wie man gewöhnlich annimmt. Es mag noch ein frommer Wunsch unverbesserlicher Schwärmer sein, daß der ganze Unterricht der Menschheit der Kirche untergeordnet bleiben möge; an die Verwirklichung solcher Träume mögen wohl noch manche glauben. Es sind aber weit näher liegende, sachliche Gründe, die die katholische Kirche bestimmen, an der Leitung der Schulen ungebührlichen Anteil zu beanspruchen. Es droht die Gefahr, daß es bald nicht mehr möglich sein wird, die für den Dienst der Kirche in der Seelsorge, in Klöstern und Anstalten, besonders aber in den Missionen nötige Anzahl von Novizen und von dienenden Brüdern aus den vom Staate geleiteten oder nach Bekenntnissen nicht getrennten Schulen zu werben. In Deutschland, wo die Überschüsse der Geburten über die Sterbefälle so groß sind, wo für die Seelsorge durch staatliche Pfründen gesorgt ist, steht diese Gefahr noch in der Ferne; in dem kinderarmen Frankreich dagegen, wo die Pfarrgüter unbedeutend sind, ist die Lage weit ernster. Dort ist man auch schon gar nicht mehr heikel; man hat schon dankbar Ersatz an Laienbrüdern für Anstalten und Missionen aus Belgien und Irland, aus der Schweiz, aus Elsaß-Lothringen, ja sogar aus Baiern, aus der Rheinprovinz und Westfalen usw. angenommen. Das Verlangen nach Trennung der Bekenntnisse in den Schulen spielt in Frankreich und in Belgien, wo die Andersgläubigen nur verschwindende Minderheiten bilden, keine Rolle. Anders in Deutschland; hier fordert man die Trennung der Schulen nach Bekenntnissen als ein gutes Recht, und man trägt sich mit Wünschen, daß auch die Hochschulen in allen Fakultäten nach den Auffassungen der Hörer über die Frage des Abendmahls getrennt werden möchten. Nun ist zwar in Deutschland nicht zu befürchten, daß die weltliche Macht den Unterricht und die Lehrerschaft der katholischen Kirche überliefern werde; die Kirche wird aber, den Vorgängen in Frankreich und in Belgien folgend, im Namen der Freiheit das Unterrichtsmonopol des Staats bekämpfen und das Recht zur Gründung „freier Schulen“ beanspruchen. Dieses Schlagwort ist recht geeignet, auch friedliebende Leute irre zu führen, die der Fahne der Freiheit zugeschworen haben, und die es deshalb für eine Ehrensache halten, für die Freiheit in jeder Farbe und Gestalt einzutreten, und sollte auch, wie in diesem Falle, die Freiheit den Feinden der Freiheit allein Nutzen

bringen, wie das in Belgien geschah. Es könnte sich aber auch ereignen, daß sich die zahlreichen Gegner unsers höhern Unterrichtswesens gegen das Monopol des Staats wenden, da in diesem allein die Widerstandskraft der Lehrkörper gegen die berechtigten Anforderungen der Zeit liegt.

Die katholische Kirche ist durch ihr ganzes Programm, wie durch ihre eignen Bedürfnisse genötigt, den Kampf mit der weltlichen Macht unausgesetzt auf allen Punkten zu führen; und selbst wenn sich der Staat hie und da nachgiebig erweisen sollte, bleibt die Kirche schon ihrer Finanzen wegen zu fortwährender Beunruhigung der öffentlichen Meinung gezwungen. Zwischen Rom und der weltlichen Macht giebt es keinen Frieden. Der Staat mag ruhig zusehen, wie die Kurie durch das Übermaß der Wünsche immer mehr den Charakter einer problematischen Natur gewinnt, da sie Wollen und Können nicht mehr in Einklang bringt. Die Organe der Selbstüberhebung, die die Führer der Partei auf den Katholikentagen und in der Presse veranstalten, können besonnene Leute nicht täuschen.

Alle Staaten leben auf gespanntem Fuße mit der Kurie. In Frankreich z. B. hat weder das Königtum, noch das Kaisertum, noch die Republik einen dauernden Frieden gefunden; alle Schwierigkeiten aber, die sich aus der Lage der Dinge ergaben, sind überwunden worden durch die Kraft des nationalen Bewußtseins. Um die Staatsform stritt man sich, um die Auslegung des Konkordats, um die Geltung der Organischen Artikel, aber schon längst nicht mehr um die Gallikanischen Freiheiten, und nie ist es der Kurie eingefallen, auch nur den Versuch zu machen, die Nation in ihrer Existenz zu bekämpfen. Das deutsche Reich dagegen wird von Rom wegen seines vorwiegend protestantischen Charakters nicht anerkannt, und Rom findet dabei Bundesgenossen in Deutschland selbst. Aus der Mischung politischer Fragen mit kirchlichen entsteht ja die Gefühlspolitik, die die große Menge, die Wähler beherrscht; denn wie gewisse Metalle erst durch Legirung mit andern die für den Verkehr nötige Härte und Prägbarkeit gewinnen, so werden kirchliche Fragen erst durch Verschmelzung mit politischen Fragen für die Wahlen und in den Vertretungen, für das ganze Parteileben überhaupt verwertbar. Der altbairische Bauer geht nur deshalb mit seinen Pfarrern durch Dick und Dünn, weil er Preußen, Protestanten, Nationalliberale, Freisinnige, Juden und Freimaurer für Spielarten ein und derselben gegen die Selbständigkeit des Südens verschwornen greuelhaften Bande hält. Die Reichsleitung kann zur Überwindung dieser Schwierigkeiten nur das Ziel verfolgen, das Nationalbewußtsein zu wecken und zu fördern. Durch Hinweisungen auf die deutsche Vergangenheit kann dieses Ziel allerdings nicht erreicht werden; damit ist es übel bestellt. Denn wenn die Schulkinder rechts von einem Bache oder Höhenzuge geschichtliche Vorgänge zu bewahren gelehrt werden, die links davon bejubelt werden müssen, so hält es schwer, einheitliche Vorstellungen zu erwecken. Selbst der Zauber der Erinne-

rungen an die vor fünfundzwanzig Jahren erkämpften Errungenschaften hält schon nicht mehr recht vor. Wohl aber wird das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit und der Einheitlichkeit der Interessen die Gemüter erfassen, wenn man zu der Einsicht kommen wird, daß die Reichsleitung jederzeit auf die Förderung des wirtschaftlichen Gedeihens des Reiches gerichtet ist. Die Erkenntnis der Verpflichtungen eines zur Stellung einer großen und mächtigen Nation aufstrebenden Gemeinwesens muß durchdringen; dann werden die widerstrebenden Bemühungen überwunden werden. Je mehr sich die Überzeugung befestigen wird, daß die neue Einigung zur Förderung und Sicherung des Wohlstandes der Nation unentbehrlich ist, desto rascher wird sich jene sachliche Anschauung der Dinge ausbilden, die die Angehörigen großer Nationalstaaten vor andern Völkern auszeichnet. Nur auf diese Weise wird ein Nationalbewußtsein großgezogen, und zwar eine gegründete nachhaltige Überzeugung von der Bedeutung, von dem Werte eines Großstaates. Dann wird auch jenes Kraftgefühl entstehen, das kirchliche Einmischungen ablehnt, und das sich getraut, mit den Umsturzbestrebungen allein fertig zu werden. Es macht einen kläglichen Eindruck, wenn man nach den großen Ereignissen der Kriegsjahre erleben muß, daß die Kurie, die den Staat so unverföhnlich bekämpft, zur Stärkung des Sinnes für staatliche Ordnung Förderung des kirchlichen Sinnes empfiehlt, und daß sich überzeugte Anhänger solcher Lehren finden. Nationaler Sinn im deutschen Reiche muß aus den Einrichtungen des Reichs, aus der Erkenntnis, daß diese Einigung Nutzen bringt, entstehen, kann aber nicht auf dem Wege der Belehrung und Ermahnung beigebracht werden. Und sollte auch die katholische Kirche den Willen und die Kraft haben, die Umsturzbewegung zu meistern, so könnte dies nur in der Weise unternommen werden, daß wieder einmal eine Drehung nach rückwärts von Leuten vollzogen würde, die dem Rade der Geschichte so gern in die Speichen greifen möchten.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Grundursache unsrer schlimmen Lage in der eigentümlichen Gestaltung unsrer politischen Parteien und unsers parlamentarischen Lebens liegt. Als die Bürger von Nordamerika die Unabhängigkeit erkämpft hatten und sich eine Verfassung gaben, wurde die Gefahr wohl erkannt und erwogen, daß das Volk seine kaum erworbenen Rechte an die gewählten Abgeordneten verlieren könnte. Es waren gerade die Gründer der Freiheit selbst, die damals die Befürchtung aussprachen, daß die potestas delegata ein weit schlimmerer Feind des Volkes werden könnte, als der König von England und seine Gouverneure. Wir Deutschen haben, als wir die Reichsverfassung berieten, im Vollgefühl der endlich errungenen Einigung an solche Gefahr ganz und gar nicht gedacht. Die Amerikaner hatten die Freiheit schon gekostet, als sie durch eine Verfassung die staatliche Einigung gestalteten, wir Deutschen dagegen kannten, als wir uns in gleicher Lage fanden, die Freiheit ebenso wenig, wie die Verpflichtungen einer großen auf-

strebenden Nation. In Amerika beherrscht auch heute noch das Mißtrauen gegen die delegirte Gewalt das ganze öffentliche Leben, aber selbst unter den schwierigsten Umständen hat es niemand gewagt, Vorschläge zu machen, die die Grundsätze der Freiheit und der Selbstbestimmung hätten in Frage stellen können. In Deutschland wendet sich der Unmut heute schon weit mehr gegen die Herrschsucht und gegen die unfruchtbaren Zänkereien der Parteien, als gegen die Reichsleitung. Man befürchtet eine Gefährdung unsrer ganzen nationalen Zukunft.

Eine Umgestaltung unser verrotteten Parteiverhältnisse läßt sich nur erwarten von einer völligen Verschiebung der Lage der Dinge, und eine solche kann auf friedlichem Wege nur erreicht werden durch eine Änderung unsrer Wahlgesetzgebung. Von allen Seiten sind Vorschläge zur Besserung unsrer Wahlgesetze gemacht worden, in Deutschland, in Frankreich, in der Schweiz, in Belgien, in Dänemark, Spanien, England und Italien, in Nordamerika und in den englischen Kolonien; zum Teil haben solche Vorschläge gesetzliche Gestalt gewonnen. Aber nicht alle diese Gesetze haben die Probe bestanden. Der Grundgedanke jedoch, die Fesseln zu sprengen, die den Wählern durch die Einteilung des Landes in Wahlkreise angelegt werden, hat überall Zustimmung gefunden. Ebenso allgemein wird die Listenwahl als unausführbar betrachtet. Eine weit schlimmere Erbsünde aller dieser Entwürfe und Gesetze ist und bleibt aber die Unkenntnis der Wahlziffer*); daher die unnötigen Überanstrengungen der Parteien, die sinnlose Verschwendung der Stimmen. Würde dieser Mangel beseitigt, so würde neben andern Vorteilen, wie der Verhältnismäßigkeit der Ergebnisse und neben der Verwertung der Stimmen der Minderheiten auch noch der Gewinn einer größern Freiheit der Bewegung und der Vereinigung der Wähler zur Vertretung dieser oder jener Interessen erreicht werden. Dann wäre nebenbei das Verlangen nach einer reinen Interessenvertretung erledigt.

Aus den alten Geleisen des Parteilebens in Deutschland müssen wir uns herausretten, wenn nicht die großen nationalen Aufgaben des Reichs gefährdet werden sollen. Versuche, aus der unnatürlichen Verschränkung der Parteibestrebungen für die Reichsleitung Nutzen zu ziehen, mögen über eine augenblicklich vorhandne Schwierigkeit weghelfen, für die große nationale Zukunft wird dabei nichts gewonnen. Ein wahres Unglück aber wäre ein polizeilicher Bund mit der Kurie, deren Geneigtheit bei jedem Wahlgange von neuem erkaufte werden müßte, deren Absichten nicht lauter sind, deren Sold so hoch bemessen

*) d. h. der Anzahl Stimmen, die für die Wahl eines Kandidaten erforderlich ist. Ein Vorschlag, wie die Minderheiten durch Einzelwahlen geschützt werden können, wobei die Wahlziffern schon vor der Wahl bestimmt wird, ist in den Hamburger Nachrichten (Februar 1894, Nr. 31, 33 und 39) gemacht worden.

ist, daß das Reich fortwährend Machtverluste erleiden müßte, ohne die Kurie befriedigen zu können.

Aber auch aus andern Gründen muß man wünschen, daß die Zeit ferne bleiben möge, wo sich Kirche und Staat zur Bekämpfung der Umsturzpartei verbinden. Dann würden wieder solche Gestalten bemerkbar werden, wie wir sie schon im Kulturkampfe am Werke gesehen haben, Leute, die, sei es wegen besonderer Beziehungen zur Kirche, sei es wegen vermeintlicher Geschicklichkeit in Überlistung der Kurie, dem Staate ihre Dienste als besonders verschmitzte Unterhändler anbieten würden, Streber nach dem Vorbilde des Urstrebens Strepfiades in den „Wolken“ des Aristophanes. Der selige Spizer in Wien nannte solche Leute „Emporfrömmlinge.“ Wir gestehen offen, daß uns bei Betrachtung der Verhandlungen zwischen Rom und Berlin immer der Zweifel quält, von dem Montaigne spricht, der Zweifel, ob wir mit der Katze spielen oder die Katze mit uns.

Das deutsche Reich wird in seinen nationalen Bestrebungen im freien Bürgertum jederzeit eine Stütze finden und auf diese Art alle Gegner überwinden. So allein wird sich die Leitung des Reichs die Führung sichern, statt in dem Gedränge der Parteien gestoßen und geschoben zu werden. Eine wahrhaft nationale Führung im Reiche ist zugleich das sicherste Mittel zur Erhaltung der Monarchie.

In dem Uhrwerke, das durch das Zusammenwirken von Unruhe und Hemmung den Gang der Zeit darstellt, kann der Staat die Aufgabe der Hemmung nur insoweit übernehmen, als durch sein Eingreifen das Zeitmaß richtig bestimmt wird; ließe sich aber das deutsche Reich mit der Partei des Rückschritts ein, so wäre das ebenso wertlos, als das Zurückdrehen der Zeiger an einer richtig gehenden Uhr.



Die Erfolge der genossenschaftlichen Selbstverwaltung im österreichischen Handwerk



ie genossenschaftliche Ordnung des Handwerks ist in Österreich durch Gesetz vom 15. März 1883 eingeführt worden, sodaß man jetzt dort auf eine mehr als dreizehnjährige Erfahrung auf diesem Gebiete zurückblickt. Mit Recht hat man in Deutschland, wo die Absicht besteht, in ähnlicher Weise gesetzgeberisch vorzugehen, dieser Erfahrung Beachtung geschenkt und, wie seinerzeit bekannt geworden ist,